

Stand: 30.04.2026 05:14:37

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/8501

"Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben! Demokratie am Arbeitsplatz stärken!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/8501 vom 16.10.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/9685 des SO vom 27.01.2026
3. Beschluss des Plenums 19/9881 vom 05.02.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



Antrag

der Abgeordneten **Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben! Demokratie am Arbeitsplatz stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass Bayern als führendes Industrieland von einer zeitgemäßen betrieblichen Mitbestimmung profitiert und diese ein wesentlicher Standortfaktor für die Zukunftsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft ist.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene entschieden für eine Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung in Bayern und Deutschland einzusetzen – wie im Entschließungsantrag der Länder Bremen, Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Saarland zur „Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung“ (BR-Drs. 239/25) gefordert.

Begründung:

Die betriebliche Mitbestimmung ist eine tragende Säule der sozialen Marktwirtschaft und Ausdruck gelebter Demokratie. Betriebsräte sind ein Grundpfeiler in der Gestaltung guter Arbeit und tragen wesentlich zur Gestaltung von Transformationsprozessen bei. In Bayern mit seiner starken Wirtschaftsstruktur und hohen Beschäftigtenzahl ist eine zeitgemäße betriebliche Mitbestimmung von besonderer Bedeutung.

Die Arbeitswelt hat sich in den vergangenen Jahren durch fortschreitende Digitalisierung, den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft und neue Geschäftsmodelle grundlegend verändert. Die geltenden Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes werden diesen Entwicklungen nicht mehr ausreichend gerecht. Während im Jahr 2000 noch 12 Prozent der betriebsratsfähigen Betriebe einen Betriebsrat hatten, sind es 2023 nur noch 6 bis 7 Prozent. Diese Entwicklung ist alarmierend und erfordert dringend gesetzgeberisches Handeln.

Das 2021 in Kraft getretene Betriebsrätemodernisierungsgesetz war ein erster wichtiger Schritt, reicht aber angesichts der sich rasant verändernden Arbeitswelt nicht aus. Vielmehr bedarf es einer grundlegenden Modernisierung des Betriebsverfassungsgesetzes, wie sie im genannten Entschließungsantrag (BR-Drs. 239/25) gefordert wird.

Besonders dringlich sind folgende Reformbereiche:

- Anpassung an neue Arbeitsformen: Der Arbeitnehmer- und der Betriebsbegriff des Betriebsverfassungsgesetzes müssen überarbeitet und um arbeitnehmerähnliche Personen erweitert werden. Neue Geschäftsmodelle der Plattformökonomie dürfen nicht dazu führen, dass Beschäftigte keinen örtlich erreichbaren Betriebsrat gründen können.

- Schutz vor Union Busting: Die Zahlen sind erschreckend: Bei 21,2 Prozent erstmals durchgeführter Betriebsratswahlen kam es zwischen 2020 und 2022 zu Behinderungen durch Arbeitgeber. Es braucht deshalb weitergehende gesetzliche Schutzvorschriften gegen solche Praktiken.
- Digitalisierung und Datenschutz: Betriebsräte benötigen zeitgemäße Mitwirkungsrechte beim Umgang mit Beschäftigendaten, insbesondere beim Einsatz Künstlicher Intelligenz und bei der Gestaltung orts- und zeitungebundener Arbeit.
- Qualifizierung und Weiterbildung: Angesichts des Fachkräftemangels und der Transformationsprozesse müssen die Beteiligungsrechte der Betriebsräte bei Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gestärkt werden.
- Digitale Formate: Betriebsräte brauchen die Möglichkeit, digitale und hybride Sitzungsformate zu nutzen und Zugang zu betrieblichen Kommunikationsmitteln zu erhalten.

Bayern als Industrieland mit vielen innovativen Unternehmen sollte Vorreiter bei der Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung sein. Starke Betriebsräte sind kein Hindernis für wirtschaftlichen Erfolg, sondern ein Erfolgsfaktor. Sie sorgen für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Motivation der Beschäftigten und tragen zur Innovationsfähigkeit der Unternehmen bei.

Die Staatsregierung sollte sich daher, wie im Entschließungsantrag zur Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung (BR-Drs.239/25) gefordert, aktiv für eine zeitgemäße Reform des Betriebsverfassungsgesetzes einsetzen. Nur so kann Bayern auch in Zukunft ein attraktiver Wirtschaftsstandort mit guten Arbeitsbedingungen bleiben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

**Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer,
Volkmar Halbleib u.a. SPD**
Drs. 19/8501

**Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben! Demokratie am
Arbeitsplatz stärken!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Doris Rauscher**
Mitberichterstatter: **Thomas Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 4. Dezember 2025 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 38. Sitzung am 27. Januar 2026 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Doris Rauscher
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD

Drs. 19/8501, 19/9685

**Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben!
Demokratie am Arbeitsplatz stärken!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das scheint mir das ganze Haus zu sein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
 EU-Justizbarometer 2025
 COM(2025) 375 final
 BR-Drs. 578/25
 Drs. 19/8684, 19/9840

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren die auf Drs. 19/9840 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft
 Eignungsprüfung der Digitalvorschriften –
 Überprüfung der kumulativen Auswirkungen der EU-Digitalvorschriften
 19.11.2025 - 11.03.2026
 Drs. 19/9194, 19/9839

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
 Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf
 Drs. 19/9839 veröffentlicht Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
 Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
 der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

3. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher,
 Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
 Modernisierung der betrieblichen Mitbestimmung vorantreiben!
 Demokratie am Arbeitsplatz stärken!
 Drs. 19/8501, 19/9685 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner,
 Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
 Nein zum Kampf gegen das Erdgas – Versorgung der bayerischen
 Industrie, Wirtschaft und Haushalte mit günstigem Erdgas sicherstellen!
 Drs. 19/8673, 19/9713 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Biotechnologie-Regulierung modernisieren – Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit Europas sichern
Drs. 19/8720, 19/9710 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

6. Antrag der Abgeordneten Christin Gmelch, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Verschärfter EU-Klimaschutz darf nicht zulasten der Bauern gehen: Schutz der bayerischen Landwirtschaft vor steigenden Düngemittelpreisen und übermäßigen Düngeauflagen!
Drs. 19/8795, 19/9686 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Holger Dremel, Petra Guttenberger, Petra Högl u.a. CSU
Verbandsklagerecht reformieren, Betroffenheiten regionalisieren!
Drs. 19/8800, 19/9810 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weniger Bürokratie – mehr Praxistauglichkeit bei der Umsetzung der EU-Geoschutzverordnung
Drs. 19/8812, 19/9687 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Austauschnetz zum Monitoring und Management der Asiatischen Hornisse (*Vespa velutina*)
Drs. 19/8883, 19/9688 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag des Abgeordneten Ralf Stadler AfD
Anhörung zu den Auswirkungen der Entwaldungsverordnung auf die bayerische Forstwirtschaft
Drs. 19/8974, 19/9689 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Abschaffung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Schutz der bayerischen Forstwirtschaft vor Brüsseler Bürokratie und ideologischer Zerstörung der heimischen Wirtschaft
Drs. 19/8977, 19/9690 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Der Fußball ist sicher – Schluss mit Populismus,
Ja zu Fankultur und Fanprojekten
Drs. 19/9052, 19/9797 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>